

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Boden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebrauchsbank Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungspost, Leben, Wissen, Kunst einschließlich Sonntagsausgabe monatlich 130 M. Durch die Post bezogen monatlich 4 00 M. unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Poststr. 10. Tel. 25261.
Erscheinungsdauer: von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Poststr. 10. Tel. 25261.
Verlagszeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserte werden die 7-spaltigen Zeitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsangeigen. Inserate müßten bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 22.

Dresden, Sonnabend den 26. Januar 1918.

29. Jahrg.

Niederlage der Eroberungspolitik in Baugen-Kamenz.

Kühlmann über Brest-Litowsk.

Der sozialdemokratische Sieg in Baugen.

Uhlig (Soz.) 9661 Stimmen.
Dr. Herrmann (Konf.) 8763
Uhlig mit 898 Stimmen Mehrheit gewählt.

Einen glänzenden Sieg für uns und eine vernichtende Niederlage für die Konserverativen und die Vaterlandspartei, ja für die Kriegstreiber aller Richtungen hat das Stichwahlresultat im Kreise Baugen-Kamenz gebracht. Die Mehrheit von beinahe 900 Stimmen ist über alles Erwartete groß. Hatten wir auch auf einen Erfolg gehofft, so glaubte man doch allgemein, daß die Entscheidung auf des Messers Schneide stehen werde. Die vaterlandsparteilichen Kriegstreiber aber, die noch jüngst im höchsten Landtage mit allerdingem gemachter Sicherheit die Wahl in Baugen werde beweisen, daß die Mehrheit des Volkes den Verständigungsfrieden verwerfe, sehen jetzt vor einer vernichtenden Niederlage. Wie groß sie ist, ergibt sich aus einem Vergleich zwischen dem Stichwahlresultat von 1913 und dem jetzigen. Damals 3388 Stimmen Mehrheit für den Konserverativ-antisemitischen Kandidaten, diesmal eine Mehrheit von 900 Stimmen für den Sozialdemokraten. Ein Umschwung von mehr als 3300 Stimmen. Und dieses Ergebnis ist in einem Kreise zu verzeichnen, der vorwiegend agrarisch ist und daher zu einem Probierstein für die Volkstimmung von den Konserverativen für geeignet befunden wurde; es wurde erzielt in einer Zeit, in der die Wähler fast gänzlich der Reaktion begünstigt sind.

Wunderlam nimmt sich jetzt das Regierungstelegramm an die alldeutschen Kriegstreiber in Baugen aus, in dem die Mehrheit des Volkes für die Kriegsziele der Vaterlandspartei in Anspruch genommen wurde. Wie ein Herrbild auf die Wiedergeburt der Nation jetzt auch die Reichspartei konservativer und national-liberaler Blätter, in denen aus Anlaß der Debatten im Hauptauschuß von einem Reichstage gefaselt wird, der nicht mehr die Mehrheit des Volkes hinter sich habe, jetzt dürfen wohl auch diese Herrschaften erkennen, wo die Mehrheit des Volkes steht. Dabei darf man die Baugner Stimmenmehrheit aber nicht nur zählen, sondern auch wägen. Sie wurde erzielt in einem Kreise, der selbst bei den glänzendsten Reichstagswahlen im Jahre 1903 als einziger dunkler Punkt im roten Königreich verblieben ist, gegen den selbst noch alle sozialdemokratischen und fortschrittlichen Anstürme vergeblich waren und der bis heute als der schwarze Winkel von Sachsen galt. Wenn dort schon eine Mehrheit für den Verständigungsfrieden zu erlangen war, wenn sich dort schon die Kriegstreiber eine vernichtende Niederlage holten, dann kann leicht Zweifel noch darüber bestehen, daß mehr als eine Dreiviertelmehrheit des höchsten Volkes gegen Eroberungsabsichten protestieren und sich für einen Verständigungsfrieden mit Nachdruck erklären würde, wenn dazu eine Gelegenheit vorhanden wäre.

Mit größter Spannung sah dieser Tage alles nach dem Baugner Kreise, denn man wußte, daß dort eine Stichwahl, Entscheidung von einer Bedeutung und Tragweite bevorstand, wie sie noch nie zuvor ein Wahlergebnis hatte. Gewiß hatte schon die Hauptwahl eine bedeutende Mehrheit für den Verständigungsfrieden erbracht. Aber das suchten die Gegner mit der Behauptung in Abrede zu stellen, das sei nicht wahr, weil die fortschrittlichen Stimmen tatsächlich national-liberalen seien und daher nicht für den Verständigungsfrieden gezählt werden dürften. Jetzt ist aber Klarheit über den Willen des Volkes geschaffen worden. Nun können die Kriegstreiber in der Vaterlandspartei nicht mehr damit freiben, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihnen stehe. Daran mögen sie wohl selbst nicht geglaubt haben, doch gingen sie mit kühnen Behauptungen dieser Art freiben. Der Baugner Wahlsieg hat ihnen die beste Agitationsphrase entnommen. Es spricht mit erschütternder Gemühsamkeit dafür, daß nicht nur in Sachsen, daß ganz Deutschland die Treibecken der Vaterlandspartei nur in einer Winderheit gestützt und dazu von einem Reklamations getragen werden, das nur mit Hilfe der Kriegstreiber, der wirklichen Machter des ganzen, möglich ist. Diese Erkenntnis muß auch der Reichsregierung mit Nachdruck vor Augen geführt und festzu einem entschiedenen Eintreten für den Verständigungsfrieden veranlaßt werden, als es seit der Voll war. Wir aber wissen uns eins mit Millionen Deutschen, wenn wir angesichts dieses erfreulichen Wahlergebnisses vom dem Punkte betetelt werden, dieser Sieg möge zum Ausgangspunkt einer wirklichen Friedenspolitik, zu einer Bejäh-

gung alles Bandens und Vorkommens werden und so bald den langerlehnten Frieden durch eine Verständigung der Völker bringen über die Regierungen hinweg, die von imperialistischen Absichten geleitet, immer wieder zum Eroberungskriege herausfordern.

Die Bedeutung des Baugner Wahlsieges kann auch in keiner Weise durch die Tatsache herabgemindert werden, daß ein großer Teil der fortschrittlichen Wähler für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hat. Ja, das Gewicht für die Friedenspolitik wird dadurch noch geradezu erhöht. Denn es ist das erste Mal, daß in Sachsen die Fortschrittler in größerer Zahl für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben. Wenn das allgemein ist, so deshalb, weil ihre Heberzeugung von der Schädlichkeit der Kriegstreiber und der Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens so groß war, daß sie diesmal die Bedenken überwand, die bisher besonders in Sachsen-bürgerliche Wähler zurückhielten, wenn sie für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen wollten. Man kann sonach den erfreulichen Ausgang dieser Wahl betrachten wie man will, das Ergebnis bleibt immer eine tröstliche Niederlage für die Kriegstreiber und auch für die sächsischen Regierung, die sich ihnen angeschlossen hat.

Noch eine kurze Betrachtung der Wahlsieger. Bei der Hauptwahl entfielen auf Dr. Herrmann 6886, auf Uhlig 6451, auf Budor 3520, außerdem wurden 76 ungültige Stimmzettel vorgefunden. Danach hat Uhlig bei der Stichwahl eine Stimmzunahme von 3210 Stimmen erzielt, Herrmann ein solches von 1777. Unter den letzten Ziffern mögen die national-liberalen Wähler mit enthalten sein, die bei der Hauptwahl fortschrittlich gewählt haben und auf die die Konserverativen ihre Hoffnungen für die Stichwahl setzten. Beachtlich ist aber auch, daß die Wahlbeteiligung wesentlich stärker war bei der Hauptwahl war. Rund 1400 Referenzen sind bei der letzten Entscheidung noch mobil gemacht worden. Sie sind wohl zum größten Teil dem sozialdemokratischen Kandidaten zugute gekommen. Doch haben auch die Konserverativen alles getan, die Wähler noch aufzurütteln. Die bekanntesten Redner wurden noch in den letzten Tagen mobil gemacht, sie haben Verfamulungen in solcher Zahl abgehalten, wie wohl noch bei keiner Stichwahl. Dadurch haben sie sicher noch manchen Wähler für sich herausgeholt, der am 11. Januar hinter dem Ofen geblieben ist. Wenn sie danach einen solchen Mißerfolg haben, dann ist die Niederlage und ihre schon gewaltige politische Bedeutung um so größer.

Kühlmann - Hertling - Czernin.

Im Hauptauschuß ist der Rede Hertlings ein Bericht Kühlmanns über die Verhandlungen im Osten gefolgt. Damit wird eine der Reden, die in der Rede des Reichskanzlers Koffen, ausgefüllt. Der Staatssekretär hat sich über die Verhandlungen im Osten im allgemeinen ähnlich günstig ausgesprochen wie Czernin. Er glaubt, daß an der freitragenden Frage der Verhandlungen, der Abstimmungsfrage, die Verhandlungen nicht scheitern würden, und betont: „Ich halte auch eine beschließende Versammlung auf breiter Basis für viel zweckmäßiger als das Referendum, aber auch davon, glaube ich, werden die Verhandlungen nicht scheitern.“

Zu gleicher Zeit hat Graf Czernin auf die in der österreichischen Delegation erfolgten Ausführungen der Debatte im Reichstag, und dabei wiederum ein Gesicht. Eine Entschiedenheit und Klarheit bemerkte, wie man sie der Rede Hertlings gewünscht hätte. Mit großen Augen staunt jetzt die deutsche Erwerbungspreffe die Frage an, ob Czernin bei seiner Aufforderung an Amerika im Einverständnis mit Hertling gehandelt hat. Die Verwandlung im Ratifizierungsgeschehen ist reichlich wahr. Es dürfte doch bei dem engen deutsch-österreichischen Bündnis selbstverständlich sein, daß die österreichische Regierung in einer so wichtigen Angelegenheit nicht auf eigene Faust vorgeht! Und wenn darüber noch irgendwelche Zweifel bestehen könnten, so sind sie erledigt durch den Nachtrag, den Czernin gegen seinen Antwort an Wilson hinzufügte. Der österreichische Ministerpräsident erklärte: „Er habe diese Rede nicht nur gehalten, damit sie der Aufmerksamkeit der Welt, sondern auch Wilson hätte hieron bereits zur Kenntnis, wo der Minister im Ausschuß sprach.“

So ungenügend Hertlings Antwort an Amerika ist, so klar tritt Czernins Wille an einem Verständigungsfrieden hervor und forciert die Haltung des deutschen Reichskanzlers in nicht geringem Maße. Das erregt Mißtrauen in der alldeutschen gerichteten Presse. Zwei Punkte sind es vor allem, die sie hervorheben: daß Kühlmann im Hauptauschuß offenbar mehr Rücksichtigkeit in den Offizien versprochen hat, als die Reichsparteien gehalten wollen und daß die deutsche und österreichisch-ungarische Regierung auf Grund von Wilsons Rede glauben, mit Amerika in einen Gedankenanstausch über die Kriegsziele treten zu können.

In den ärgsten Säueiern im Streit für einen brutalen Vergewaltigungsfrieden gehört neben der Deutschen Tageszeitung die Deutsche Zeitung. Dieses schmerzinduzierte Blatt zeichnet sich aber vor allen anderen Lateinamerika-Blättern aus, mit der sie die wüsten Reden verbreitet, die Ludendorff ein Rücktrittsgelübde einpreißen hat. Jetzt ist die Rede Hertlings und vor allem durch die Ausführungen Czernins, mit der sie gar nicht zufrieden ist, ganz aus dem Häuschen geraten. Wenn es nach den tollwütigen Tönen in ihrer Redaktion ginge, müßten wir die dort Bundesgenossen, die wir haben, auch noch zum Teufel jagen, weil sie für die alldeutschen Eroberungsziele nicht zu haben sind. Die Deutsche Zeitung schreibt unter anderem:

Es ist kein Zweifel, daß wir auch die Rede des Grafen Czernin vor die erstbeste dem Kaiser zugehörte andere österreichisch-ungarische Bundesgenossen stellen und, wenn man daneben die geistige Rede des Reichskanzlers Grafen Hertling hört, dann muß man zu der Heberzeugung gelangen, daß Graf

Hertling wohl kaum den Willen und die Kraft haben wird, diese erste Gewissensfrage in der für Deutschland allein entscheidenden Art zu beantworten. Es handelt sich jetzt darum, ob durch die Politik Czernin-Kühlmann-Hertling die der Ausbreitung harter und unheilvollen Ereignisse beeinflusst, gebremst zu werden vermögen.

Also das Blatt hat eine Höllenangst davor, daß dem fürchterlichen Schicksal, das uns in diesem Jahre droht, durch eine Verständigung der Staaten vorgebeugt werden könnte. Den Alldeutschen genügt das Blut noch nicht, das sie reichlich auf den Schlachtfeldern geflossen ist. Damit ihre sollen Eroberungsziele erreicht werden, sollen die Völker erneut zur Aber gelassen, soll neues Unglück über zahllose Familien gebracht werden.

Die Deutsche Zeitung behauptet dann, daß tatsächlich auch Bestrebungen im Gange seien, um die der Ausbreitung harter und unheilvollen Ereignisse zu bestimmen. Es heißt in dem Blatt:

Man verfuhr mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Entschädigung des Kaisers einzumirken. Erzwungenen finanzieller Natur sollen dabei eine nicht geringe Rolle spielen. Bedenken finanzieller Natur, die in einer sogenannten Denkschrift des Grafen Koberger, dieser augenblicklich höchsten Stelle des Czernin-Kühlmannschen Systems, für den Kaiser niedergelegt sein sollen.

Aber der Matter ist da. Die Deutsche Zeitung vermindert ihren Verlust:

Wir erwarten die Rettung von einem Vorgehen der deutschen Bundesräten, die schließlich an der Erhaltung des Deutschen Reiches nicht weniger interessiert sind als der König von Preußen. Und München erfahren wir, daß der Kaiser von Bayern denselben wiederum bereits verurteilt hat, seinen Einfluß beim Kaiser im Sinne eines der Zukunft des deutschen Volkes und den Bestand des Deutschen Reiches schützenden Friedens zu wachen. Es ist notwendig, daß die anderen deutschen Bundesräten dem Willen des Königs von Bayern folgen und dem Kaiser die Wahrheit darüber ungeschönt sagen, wozin ihn und das deutsche Volk die Leiterbestellung einer vom Grafen Czernin bestimmten Politik führen muß.

Also die Deutsche Zeitung will die Bundesräten gegen den Kaiser mobil machen. Sie würde sich namentlich nichts daraus machen, wenn eine dubiose kleine Palastrevolution auf das Haus Wittelsbach an die Stelle des Hauses Hohenzollern auf den deutschen Kaiserthron brächte, damit endlich die deutsche Politik nach ihren Wünschen gemacht wird. Aber aber ist die Meldung von dem Eingreifen des Papststuhls ebenso eine letzte Enttarnung wie seine Zeit die Nachricht vom Rücktrittsgelübde Ludendorffs. Es wird bereits gemeldet, daß an der Lateinamerika-Blatt der Deutschen Zeitung kein wahres Wort ist!

Entweder sind die Leute in der Redaktion der Deutschen Zeitung durch ihre Welt so verblendet geworden, daß sie auf jeden Schwatz, der ihnen von irgendwo zugeht, mit dem besten Willen glauben, durch wüste Sensationsmeldungen die Speicher, die sich durch lächerliche Phrasen der Vaterlandsparteiler haben einlagern lassen, immer von neuem aufzutun zu müssen; damit diese guten Leute nicht durch das langweilige Gerede der alldeutschen Redaktionsmitglieder eingeschüchelt werden.